

"Die Akte Portugal" in Süddeutsche Zeitung (27. Juli 2002)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. 27.07.2002. München.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"die_akte_portugal"_in_suddeutsche_zeitung_27_juli_2002-de-afbd7670-f1c0-4166-9d9c-554b832211c8.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Die Akte Portugal

Wenn die EU nicht aufpasst, wird der Haushaltssünder Lissabon Nachahmungstäter finden

Von Cornelia Bolesch

Portugal steht am Pranger – zum ersten Mal hat ein Land in der Europäischen Union die vereinbarte Haushaltsdisziplin gebrochen und im vergangenen Jahr viel mehr Schulden aufgehäuft als erlaubt. EU-Währungskommissar Pedro Solbes hat automatisch das in so einem Fall vorgesehene Prüfverfahren in Gang gesetzt und bereitet eine Stellungnahme vor. Erst im Herbst aber treten mit den Finanzministern der 15 EU-Staaten die eigentlichen Akteure in diesem Finanz- und Wirtschaftskrimi ins Zentrum des Geschehens.

Die europäischen Regierungen sind es, die über konkrete Maßnahmen gegen Haushaltssünder entscheiden. Sie sind die eigentlichen Herren des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Sie sind es, die in ihren eigenen Reihen dafür sorgen müssen, dass gegebene Versprechen gehalten und vereinbarte Regeln beachtet werden – selbst in diesen Zeiten, in denen die Konjunktur flau ist und Wachstumshoffnungen bröckeln.

Es wäre falsch, die Glaubwürdigkeit des EU-Krisenmanagements daran zu messen, wie schnell die Finanzminister ihrer portugiesischen Kollegin Geldbußen aufbrummen. Die Philosophie des Stabilitätspaktes ist eine andere: Er sieht Strafen nur als allerletztes Mittel vor. Da müsste der betroffene Staat sich schon völlig bockig zeigen und auf Empfehlungen nicht reagieren. Sinn des Paktes ist es vielmehr, durch Gruppendruck und vernünftige Ratschläge einem Land zu helfen, seine hausgemachten Finanzprobleme in den Griff zu bekommen.

An dieser solidarischen Haushaltsanstrengung wirken alle 15 EU-Staaten mit. Doch im Kreis der Finanzminister sitzen leider nicht nur die Garanten einer soliden Haushaltsführung. Zwar sind elf von 15 EU-Staaten und acht von zwölf Ländern der Euro-Zone dem Ziel ausgeglichener Haushalte schon ziemlich nahe gekommen. Vier wichtige Mitgliedstaaten allerdings bereiten Probleme. Das sind neben dem aktuellen Sünder Portugal ausgerechnet die drei EU-Gründungsmitglieder Frankreich, Deutschland und Italien. In jedem dieser drei Länder klaffen Realität und Versprechungen weit auseinander.

Welchen vergifteten Rat hätte zum Beispiel Frankreich den Portugiesen zu geben: Etwa den, gleichzeitig Steuern zu senken, 20 000 neue Stellen einzuplanen und kühn zu behaupten, damit würde irgendwann schon einmal das Defizit gesenkt? Wer, unter dem Druck überzogener Wahlversprechungen, so agiert wie die neue französische Regierung, der hat sich vom Stabilitäts- und Wachstumspakt längst verabschiedet. Die mittlerweile abgewählten Sozialisten in Portugal haben sich das noch nicht getraut. Sie haben lieber klammheimlich die Statistiken gefälscht.

„Es gibt in den Mitgliedstaaten eine Tendenz, die Fakten zu vermeiden“ – so vornehm kommentiert Währungskommissar Solbes den teilweise desolaten Zustand der europäischen Finanzpolitik. In der bevorstehenden Bewährungsprobe für den Pakt wird die Rolle der Kommission als unerbittlicher Wachhund also doch die wichtigste sein.